



**KREISDELEGIERTENVERSAMMLUNG
FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG**

BESCHLUSSBUCH

**der
Kreisdelegiertenversammlung
am 08.05.2022**

Stand: 09.05.2022

zusammengestellt
von
Nicole Groß
Vorsitzende der Antragskommission

I. INHALT

II.	Beschlüsse	II
	1. Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Analyse des Wahlergebnisses 2021	3
	2. Soziale Lösungen für Menschen ohne Obdach am Blücherplatz	4
	3. Stärkung der politischen Partizipation und Repräsentanz von Menschen mit Beeinträchtigungen in und durch die SPD	5
	4. Flagge zeigen für die LGBTIQ*-Community	8
	5. Linienverlauf des Flughafenexpress (FEX) nach Fertigstellung der Dresdener Bahn	9
	6. FLINTA*projekte finanziell absichern.....	10
	7. Pressefreiheit auf Demonstrationen schützen!	12
	8. Stärkung der aufsuchenden Sozialarbeit zur Unterstützung von Obdachlosen und Menschen mit Suchtkrankheiten in Berlin	14
	9. Solidarische Krankenversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	15
	10. Selbstbestimmungsrecht stärken - Vorsorge ausbauen.....	16
	11. Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit bei der Bezugsdauer von Elterngeldmonaten	18
	12. Keine weitere Planung für den 17. Bauabschnitt der A 100.....	20
	13. Klare Perspektiven für Ukraine-Geflüchtete aus Drittstaaten.....	22

II. BESCHLÜSSE

1. Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Analyse des Wahlergebnisses 2021

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

1 Der Kreisvorstand wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um das
 2 Wahlergebnis zu den Wahlen zur BVV, des Abgeordnetenhauses und des Bun-
 3 destages in Friedrichshain-Kreuzberg zu analysieren. Auf Grundlage der Ana-
 4 lyse des Wahlergebnisses sollen Handlungsempfehlungen abgeleitet werden,
 5 um die Kampagnenfähigkeit des Kreises zu stärken und die Mitgliedschaft zu
 6 mobilisieren, insbesondere von Frauen und marginalisierten Gruppen.
 7 Neben Funktionär*innen soll die Hälfte der Arbeitsgruppe mit Mitgliedern der
 8 SPD Friedrichshain-Kreuzberg besetzt sein, die durch das Zufallsprinzip ausge-
 9 wählt werden. Die Arbeitsgruppe wird paritätisch besetzt. Bei den zufällig aus-
 10 gewählten Mitgliedern, die auf freiwilliger Basis mitmachen, wird auf eine ge-
 11 mischte Repräsentanz geachtet.
 12 Zudem sollen Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe der Parteiöffentlichkeit,
 13 im Rahmen einer mitgliederoffenen KDV und eines kreisweiten Sommerfestes
 14 2023 vorgestellt und diskutiert werden. Die Ergebnisse der Diskussion sollen in
 15 den Abschlussbericht und die Handlungsempfehlungen mit einbezogen werden.

16
 17 **Begründung:**

18 Das abermals schlechte Wahlergebnis bei den Wahlen 2021 – vor allem für die
 19 BVV und das AGH – sowie die mangelnde Kampagnenfähigkeit und Mobilisie-
 20 rung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg.

21

<i>Abstimmung KDV</i>	
Überweisung an konstituierende Sitzung des neuen Kreisvorstands	

2. Soziale Lösungen für Menschen ohne Obdach am Blücherplatz

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

1 Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg sowie die sozialdemokratischen Mit-

2 glieder der BVV Friedrichshain-Kreuzberg werden aufgefordert sich dafür einzu-

3 setzen, eine nachhaltige Lösung für die soziale Grundversorgung der Menschen

4 ohne Obdach, die zur Zeit in Zelten auf dem Blücherplatz leben, zu finden. Für

5 die dort von einer Räumung bedrohten Menschen soll, in Absprache mit der

6 Berliner Immobilienmanagement GmbH, der Dialog gesucht werden und im

7 Rahmen des Prinzips Housing First ein Angebot zur Unterbringung gemacht

8 werden.

9 **Begründung:**

10 Auf dem Blücherplatz leben seit längerer Zeit mehrere Menschen in Zelten. In

11 einem Schreiben der BIM - Berliner Immobilienmanagement GmbH wurde

12 ihnen am 6.5.2022 mit einer - notfalls polizeilich durchgesetzten - Räumung

13 gedroht. Die SPD sollte sich dafür einsetzen, dass für diese Menschen im Dia-

14 log soziale Lösungen gefunden werden. Räumungen verschieben das Problem

15 nur; es braucht ein Angebot nach dem Prinzip Housing First, um die soziale

16 Grundversorgung sicherzustellen.

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

19

3. Stärkung der politischen Partizipation und Repräsentanz von Menschen mit Beeinträchtigungen in und durch die SPD

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Sozialdemokrat*innen wollen aktive Interessensvertreter*innen für eine
2 inklusive, diskriminierungsfreie und partizipative (Stadt-)Gesellschaft sein. Mit
3 einer engagierten Teilhabepolitik fördern wir aktiv die selbstbestimmte Lebens-
4 führung und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen
5 mit Beeinträchtigungen und/oder psychischen und/oder chronischen Erkrän-
6 kungen in ihrer Vielfalt. Unser Ziel ist die gleiche ungehinderte Teilhabe für alle
7 über den gesamten Lebenslauf in allen Lebensbereichen. Für uns ist eine um-
8 fassende Barrierefreiheit ein bedeutsamer Qualitätsstandard einer modernen
9 Politik und Infrastruktur.
- 10 Wir Sozialdemokrat*innen mit und ohne Beeinträchtigung kämpfen für Selbst-
11 bestimmung und politische Partizipation und Repräsentanz von Menschen mit
12 Beeinträchtigungen. Wir stärken ihre Chancen zur tatsächlichen Umsetzung
13 des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Mandate, Ämter und Funktionen
14 auf allen föderalen Ebenen. Wir wollen eine Gleichheit stärkende Teilhabepolitik
15 und engagieren uns in der Behindertenbewegung, so wie wir es beispielsweise
16 in der Frauen- und Genderbewegung, in der LSBTTIQ-Bewegung auch tun.
- 17 Wir fordern den SPD-Landesvorstand auf, spätestens zum ersten Landespartei-
18 tag in 2023 einen Bericht nach dem Vorbild des Gleichstellungsberichtes vorzu-
19 legen. Dieser muss Auskunft geben u.a.:
- 20 • über die tatsächlich erreichten Ziele des vom SPD-Landesparteitag
21 2017 beschlossenen Antrages 82/I/2017 Inklusionsplan der SPD Ber-
22 lin 2017-2023 und die zur Zielerreichung entwickelten und zum Ein-
23 satz gekommenen Maßnahmen und Ressourcen;
 - 24 • über die sich gezielt auch an Menschen mit Beeinträchtigungen Rekrui-
25 tierungs- und Willkommensmaßnahmen, die deutlich machen, dass
26 wir als SPD eine moderne und vielfältige Partei sind, die für eine
27 gleichberechtigte politische Teilhabe eines jeden Menschen mit und
28 ohne Beeinträchtigungen kämpft;
 - 29 • über Aktionen und gemeinsame Bündnisarbeit mit entsprechenden
30 Vereinen, Trägern und Einrichtungen;
 - 31 • über die noch in 2022 zu erfolgenden Abfragen u.a.
 - 32 ○ zur baulichen, digitalen und kommunikativen Barrierefreiheit im
33 KSH und in den Kreisbüros aber auch in den Wahlkreis- bzw.
34 Bürger*innenbüros unserer sozialdemokratischen Mandatsträ-
35 ger*innen auf Bundes- und Landesebene
 - 36 ○ zur Beschäftigtenzahl von Menschen mit Beeinträchtigungen in
37 der SPD und bei unseren Parlamentarier*innen;

- 1 • über die Entwicklungslinien gemäß des (Dis-)Ability Mainstreaming zur
- 2 Fortschreibung des zweiten Inklusionsplanes 2023-2025, der spätes-
- 3 tens auf dem zweiten SPD-Landesparteitag 2023 zu verabschieden ist.
- 4 • Nichts über uns ohne uns

5 Sozialdemokratische Politik ist nach innen und außen dem menschenrechtsba-

6 sierten Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet.

7 Eine inklusive Gesellschaft, eine inklusive SPD werden wir nur unter partizipati-

8 ver Einbeziehung sachkundiger und/oder selbstbetroffener Genoss*innen und

9 ggf. zivilgesellschaftlicher Selbstvertretungs- und Engagement-Organisationen

10 erreichen können.

11 Um tatsächliche Erfolge für eine gleichwertige Teilhabe für alle Menschen mit

12 und ohne Beeinträchtigungen in absehbarer Zeit zu erzielen, braucht es perso-

13 nnelle und finanzielle Ressourcen:

- 14 • Wir benötigen mehr SPD-Maßnahmen und Bildungsangebote zur Stär-
- 15 kung unserer Bewusstseinsförderung, generellen Sensibilisierung und
- 16 zum Empowerment für Genoss*innen mit und ohne Beeinträchtigun-
- 17 gen, um unsere Wahrnehmung für gegebene Be-Hinderungen und
- 18 Diskriminierungen bei allen Parteimitgliedern zu schärfen.
- 19 • Wir benötigen mindestens auf der SPD-Landesebene einen ausrei-
- 20 chend ausgestatteten Fonds zur unbürokratischen Zurverfügungstel-
- 21 lung von Hilfen zur Herstellung einer umfassenden Barrierefreiheit für
- 22 alle Gliederungen der SPD Berlin.
- 23 • Notwendig ist auch der Aufbau von noch mehr Kompetenz im KSH im
- 24 Rahmen einer Personalstelle „Inklusionsmanager*in“.
- 25 • Wir brauchen diese Ressourcen, um gesamtgesellschaftlich, insbeson-
- 26 dere aber auch in der Teilhabebewegung als kraftvolle Akteurin zur
- 27 Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und politischer Teilhabe
- 28 von über 600.000 Berliner*innen wahrgenommen zu werden.

29

30 **Begründung:**

31 Auch Menschen mit Beeinträchtigungen wollen sich politisch in Parteien enga-

32 gieren, wollen ggf. für das Europäische Parlament, den Bundestag, das Abge-

33 ordnetenhaus oder die Bezirksverordnetenversammlung kandidieren und sich

34 hier verantwortungsvoll für unser Gemeinwohl einsetzen. Derzeit ist unsere

35 Parteikultur noch nicht vielfältig, barrierefrei und offen genug, um allen an so-

36 zialdemokratischer Politik Interessierten eine politische Heimat zu sein. Damit

37 sich dieses ändert, wollen wir bei allen Bürger*innen, bei allen Genoss*innen

38 die Gewissheit stärken, dass sie gleichgestellt bei politischen Entscheidungs-

39 prozessen mitentscheiden können und vorurteils- und diskriminierungsfrei

40 auch gleiche Chancen zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für

41 alle Mandate, Ämter und Funktionen auf allen föderalen Ebenen haben.

42

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

1

4. Flagge zeigen für die LGBTIQ*-Community

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir begrüßen die Entscheidung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, dass
- 2 ab diesem Jahr erstmals die Regenbogenflagge zu bestimmten Anlässen wie
- 3 dem Christopher Street Day an Dienstgebäuden des Bundes gesetzt werden
- 4 darf.
- 5 Der Bund folgt damit dem Beispiel von Berlin: Schon 2020 hatte die Senatsver-
- 6 waltung für Inneres und Sport unter dem damaligen Innensenator Andreas
- 7 Geisel die generelle Zustimmung zur Beflaggung mit der Regenbogenfahne in
- 8 die Beflaggungsverordnung für das Land Berlin aufgenommen.
- 9 Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird aufgefordert, neben der tra-
- 10 ditionellen Form der Regenbogenflagge auch das Hissen der „Progress Pride-
- 11 Fahne“ zuzulassen, die um die Farben hellblau, rosa, weiß, braun und schwarz
- 12 erweitert ist. Diese Farben repräsentieren die trans Community, BIPoC-Com-
- 13 munitys sowie Menschen, die mit HIV/AIDS leben oder gestorben sind.
- 14 Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird darüber hinaus auf-gefördert,
- 15 über den Christopher-Street-Day hinaus auch an anderen Gedenktagen - ins-
- 16 besondere am Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie
- 17 (IDAHOBIT) am 17. Mai - die Flagge zu setzen.

18

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

19

5. Linienverlauf des Flughafenexpress (FEX) nach Fertigstellung der Dresdener Bahn

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion wird aufgefordert, sich nach Fertigstellung
- 2 der Dresdener Bahn für ein neues Betriebskonzept des Flughafenexpress (FEX)
- 3 in Ringform mit den Stationen Hauptbahnhof, Gesundbrunnen, Ostkreuz, Flug-
- 4 hafen BER Terminal 1-2 und Südkreuz einzusetzen.

5

Begründung:

7 Nach aktueller Planung würde der FEX nach Fertigstellung der Dresdener Bahn
 8 von Hauptbahnhof über Südkreuz nach Flughafen BER Terminal 1-2 fahren.
 9 Dadurch würde die aktuelle Leistung von Hauptbahnhof über Gesundbrunnen,
 10 Ostkreuz nach Flughafen BER Terminal 1-2 entfallen. Dies würde sich negativ
 11 auf die Fahrzeit und Taktdichte vom Bahnhof Ostkreuz nach Flughafen BER
 12 Terminal 1-2 auswirken, welche den gesamten Berliner Osten sowie Teile Bran-
 13 denburgs negativ betreffen würden. Des Weiteren fällt mit der Leistung zwi-
 14 schen Ostkreuz und Gesundbrunnen, welche eine schnellere Alternative und
 15 Rückfallebene zur S-Bahn darstellt, ersatzlos weg.

16

17 Angestrebt werden soll eine FEX Ringbahn mit den Stationen Hauptbahnhof,
 18 Gesundbrunnen, Ostkreuz, Flughafen BER Terminal 1-2, Südkreuz welche in
 19 jede Richtung im 20-Minuten Takt bedient wird.

20

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

21

6. FLINTA*projekte finanziell absichern

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des
2 Senats werden aufgefordert, FLINTA*beratungs- und -unterstützungszentren
3 sowie Anti-Gewaltprojekte dauerhaft finanziell abzusichern.
4 Dafür ist mittel- und langfristig eine strukturelle Sockelfinanzierung sowie eine
5 kurzfristige Lösung zur Sockelfinanzierung für den nächsten Doppelhaushalt
6 vorzusehen.

7

8 **Begründung:**

9 Nicht erst seit der Corona-Pandemie leisten feministische Projekte wertvolle
10 und notwendige Beratungs- und Unterstützungsarbeit für von Gewalt be-
11 troffene FLINTA* (Frauen, Lesben, Inter*Personen, Non-binary*Personen,
12 Trans*Personen und Agender*Personen), für Alleinerziehende, Migrantinnen,
13 Queers und viele andere. Zuletzt sind die Zahlen von Frauen, die von häusli-
14 cher Gewalt betroffen sind deutlich gestiegen. „148.031 Betroffene von Part-
15 nerschaftsgewalt verzeichnet das Bundeskriminalamt im Jahr 2020. Mit einem
16 Anstieg von 4,4 Prozent setzt das den Trend der Vorjahre fort: Seit Jahren
17 steigt die Zahl der polizeilich gemeldeten Fälle von Gewalt in Partnerschaften.
18 Das BKA geht von einem erheblichen Dunkelfeld nicht erfasster Fälle aus. Mit
19 80,5 % ist erneut die überwältigende Mehrheit der Betroffenen weiblich
20 (119.165).

21

22 Insgesamt 139 Frauen wurden 2020 durch ihren aktuellen oder ehemaligen
23 Partner getötet - 22 Frauen mehr als noch 2019.“¹, heißt es in einer Mitteilung
24 der Frauenhauskoordinierung e.V. zur Veröffentlichung der polizeilichen Krimi-
25 nalstatistik 2020. Das ist mehr als alarmierend und unterstreicht die Bedeu-
26 tung feministischer Projekte. Auch sind unter den Geflüchteten aus der Ukraine
27 überwiegend Frauen und Kinder, die in Berlin Schutz suchen.

28

29 Hier kommt den FLINTA*beratungszentren erneut eine zentrale Rolle zu. Den-
30 noch sieht der kommende Doppelhaushalt eine Mittelkürzung vor, die viele
31 Projekte vor das Aus stellt. Bereits jetzt sind viele Projekte unterfinanziert und
32 die regelmäßige Mittelbeantragung bindet nicht nur personelle Kräfte, sondern
33 sorgt für Unsicherheit und ist damit das Gegenteil von guter Arbeit, die von der
34 SPD zu Recht immer wieder eingefordert wird.

35

¹ <https://www.frauenhauskoordinierung.de/aktuelles/detail/polizeiliche-kriminalstatistik-zu-partnerschaftsgewalt-2020-veroeffentlicht#:~:text=H%C3%A4usliche%20Gewalt%20in%20der%20Pandemie&text=Dies%20best%C3%A4tigt%20sich%20auch%20in,Opfer%20von%20Gewalt%20in%20Partnerschaften.>

- 1 Wir unterstützen daher die Kampagne „Feministische Projekte sicher finanzieren“ und fordern eine dauerhafte Finanzierung von FLINTA*beratungs- und -
- 2 unterstützungszentren sowie Anti-Gewaltprojekten in Berlin.
- 3
- 4

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

7. Pressefreiheit auf Demonstrationen schützen!

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

- 1 Um zukünftig eine sicherere Presse- und Dokumentationsarbeit vor allem auf
2 rechten, verschwörungsideologischen, anti-israelischen und antisemitischen
3 Demonstrationen zu ermöglichen, fordern wir, dass sich die sozialdemokrati-
4 schen Mitglieder der Landesregierung und des Berliner Abgeordnetenhauses
5 dafür einsetzen, dass
- 6 • umfassende und regelmäßige Schulungen der Polizei im Umgang mit
7 Presse auf Demonstrationen durchgeführt werden. Bisherige Schulungen
8 werden nur mit Führungskräften durchgeführt, welche auf Demonstratio-
9 nen oft schlecht erreichbar sind. Aufgrund der dynamischen Entwicklun-
10 gen auf Demonstrationen ist dafür jedoch häufig keine Zeit. Deshalb
11 sollte jede*r Beamt*in im Einsatz souverän mit der Presse umgehen kön-
12 nen.
 - 13 • ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Presse, Polizei und Politik
14 etabliert wird. In diesem Format soll das Geschehen auf Demonstratio-
15 nen reflektiert und die Arbeit der Polizei kritisch hinterfragt werden.
16 Grundlage für diesen Austausch sollen die „Verhaltensgrundsätze Presse
17 und Polizei“ vom Deutschen Presserat sein, die aktuell zum ersten Mal
18 seit etwa dreißig Jahren novelliert werden. Eine regelmäßige Evaluation
19 dieser Grundsätze ist notwendig und soll im geforderten Austauschformat
20 angestoßen werden.

21 Das im letzten Jahr neugefasste Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin (VersFG
22 BE) muss evaluiert und überarbeitet werden, dies ist auch im Koalitionsvertrag
23 vereinbart und muss schnellstmöglich angegangen werden.

24

25 **Begründung:**

26 Die Wahrung der Pressefreiheit und die Sicherheit von Journalist*innen, insbe-
27 sondere auf Demonstrationen, ist eines der wichtigsten Güter unserer demo-
28 kratischen Gesellschaft. Durch freie Pressearbeit wird nicht nur die breite Öff-
29 fentlichkeit über Protestbewegungen informiert, es wird zudem wichtige antifa-
30 schistische Dokumentationsarbeit geleistet.

31

32 In Folge der Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregie-
33 rung sind verschwörungsideologische Demonstrationen oder sogenannte „Spa-
34 ziergänge“ mittlerweile an der Tagesordnung. Die bewährte Pegida-Praxis, je-
35 den Montag Menschen auf die Straße zu bringen, trägt auch hier Früchte. Auf
36 diesen Protesten findet sich eine Ansammlung rechtsradikaler und rechtsextre-
37 mer Personen, die ihre menschenfeindlichen Ansichten lautstark kundtun. Die
38 gefährliche Mischung aus Verschwörungsideolog*innen und Neonazis vertritt
39 weiterhin eine pressefeindliche Agenda, die die Pressefreiheit infrage stellt und

1 den Mythos der systemgesteuerten Medienlandschaft weiterverbreitet. Mit
 2 Fortschreiten der Pandemie wurde der Ton auf diesen Demonstrationen lauter
 3 und die Stimmung aggressiver. Journalist*innen, die diese Proteste schon seit
 4 Beginn begleiten und dokumentieren, werden immer häufiger verbal und kör-
 5 perlich angegriffen. Der Hass der Demonstrierenden richtet sich dabei vor al-
 6 lem gegen Journalist*innen, die kritisch über die Protestbewegung berichten.
 7 Körperliche Angriffe auf Medienschaffende werden innerhalb der Protestbewe-
 8 gung toleriert und durch eine Täter-Opfer-Umkehr zur Selbstverteidigung ge-
 9 gen eine im eigenen Weltbild systemgesteuerte Presse legitimiert. Aufgrund
 10 der agilen Vernetzung der Demonstrierenden ist die Polizei häufig nicht oder
 11 nur spärlich präsent und kann die Pressevertreter*innen kaum schützen.

12
 13 Zusätzlich häufen sich die Berichte, in denen die Polizei journalistische Arbeit
 14 auf Demonstrationen aktiv behindert. So wird manchen Vertreter*innen der
 15 Zugang zu eingerichteten Medienschutzbereichen nicht gewährt oder Doku-
 16 mentationsarbeit erschwert. Die Behinderung journalistischer Dokumentations-
 17 arbeit durch die Polizei ist nicht hinzunehmen! Gleichzeitig muss sichergestellt
 18 sein, dass Pressevertreter*innen kritisch von Demonstrationen berichten kön-
 19 nen, ohne bedroht oder angegriffen zu werden. In einer demokratischen Ge-
 20 sellschaft ist die Freiheit der Presse ein zentraler Bestandteil und darf auf kei-
 21 nen Fall eingeschränkt werden.

22

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

8. Stärkung der aufsuchenden Sozialarbeit zur Unterstützung von Obdachlosen und Menschen mit Suchtkrankheiten in Berlin

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung Berlins werden aufgefordert, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie den Berliner Bezirken eine Evaluation der aufsuchenden Sozialarbeit vorzunehmen. Hierbei sollen die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüft und mögliche Schwachstellen offengelegt werden.
- 7 Diese Evaluation soll enthalten:
 - 8 • den Dialog mit Sozialträgern zu suchen und gemeinsam mit ihnen Bedarfe der aufsuchenden Sozialarbeit zu prüfen
 - 10 • zu untersuchen, wie aufsuchende Sozialarbeit in besonders von Obdachlosigkeit betroffenen Orten, wie dem Kottbusser Tor, dem Görlitzer Park oder dem Bahnhofs Zoo, eingesetzt wird

13 Je nach Bedarf sind weitere Mittel zur Stärkung der aufsuchenden Sozialarbeit zur Verfügung zu stellen und im Gespräch mit den betroffenen Bezirken und den Sozialträgern diese vor Ort umzusetzen. Wir halten weiterhin am Konzept „Housing First“ fest.

Begründung:

19 Obdachlosigkeit und Suchtkrankheiten, sowie psychische Krankheiten, die dazu geführt haben sind in Berlin ein großes und gefühlt zunehmendes Problem. Dieses konzentriert sich vor allem an einigen öffentlichen Orten. Sozialdemokratische Sozialpolitik sollte darauf abzielen Betroffenen zu helfen und ihnen Wege aus der Obdachlosigkeit und aus der Abhängigkeit aufzuzeigen und sie dabei zu begleiten. Die aufsuchende Sozialarbeit ist hierbei seit Jahren ein anerkanntes Mittel, was jedoch aufgrund von Kostenfaktoren stark unter Druck geraten ist. Um weitere Angebote zu schaffen, sollte dies nun evaluiert und robuster aufgestellt werden. Dies kann nicht nur Betroffenen neue Möglichkeiten eröffnen, sondern auch Entlastungen für Anwohner*innen von besonders belasteten Orten in Berlin bedeuten.

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

31

9. Solidarische Krankenversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Bundestag und in der Bundesregierung
 2 sind aufgefordert, sich für eine deutliche Erhöhung der derzeitigen Beitragsbe-
 3 messungsgrenze zur GKV von derzeit 58.050 Euro im Jahr einzusetzen. Die Be-
 4 rechnung der jährlich anzupassenden Beitragsbemessungsgrenze soll sich an
 5 der Bemessungsgrenze zur allgemeinen Renten- und Arbeitslosenversicherung
 6 orientieren. Gleiches gilt für die Versicherungspflichtgrenze.
 7 Die SPD setzt sich seit Jahren für eine solidarische Bürgerversicherung ein.
 8 Dies ist in den verschiedenen Koalitionen nicht erfolgreich gewesen. Mit einer
 9 deutlichen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze wird nicht das Ziel einer
 10 Bürgerversicherung aufgegeben.

11

Begründung:

13 Im Jahr 2021 verdiente eine vollzeitbeschäftigte Person durchschnittlich 4100
 14 Euro brutto im Monat. Das ist ein Brutto-Jahreseinkommen von etwa 49.200
 15 Euro im Jahr. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Durchschnittsgehalt somit um
 16 125 Euro monatlich gestiegen (Statistische Bundesamt). Die Bemessungs-
 17 grenze zur GKV in Höhe von 58.050 Euro im Jahr erreichen Vollzeitbeschäftigte
 18 im öffentlichen Dienst des Bundes mit E14 oder E15 sehr schnell. Dann können
 19 sich diese Beschäftigte aus der solidarischen Gemeinschaft der gesetzlichen
 20 Krankenversicherung verabschieden. Mit einer Erhöhung geht es aber deutlich
 21 in die Richtung, dass starke Schultern (hier: gut Verdienende) in einer solidari-
 22 schen Gemeinschaft mehr tragen.

23

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

10. Selbstbestimmungsrecht stärken - Vorsorge ausbauen

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Welche Vertrauensperson hat Mensch bevollmächtigt, um über die eigenen Fi-
2 nanzen, den Wohnort, behördliche oder vertragliche Angelegenheiten oder me-
3 dizinische Behandlungen zu entscheiden, wenn sie* selbst u.a. aufgrund eines
4 Unfalls, einer Erkrankung oder einer Beeinträchtigung nicht (mehr) handlungs-
5 fähig ist? Liegt keine Bevollmächtigung vor, kann die gerichtliche Bestellung ei-
6 ner rechtlichen Betreuer*in erforderlich sein.

7 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen
8 Bundestages werden aufgefordert,

- 9 • eine Kampagne zu den Vorsorgeinstrumenten Betreuungs- bzw. Pati-
10 ent*innenverfügung und Vorsorgevollmacht zu erwirken. Damit wird für
11 das Recht auf Selbstbestimmung und Wahlfreiheit in allen Lebenslagen
12 sensibilisiert und dieses gestärkt. Die Kampagne ist insbesondere an jün-
13 gere und erwerbsfähige Menschen zu adressieren.
- 14 • Geprüft werden soll zudem, zu welchen Lebenszeitpunkten Menschen
15 (z.B. zum 18. Geburtstag, besonderen Lebensereignissen, in regelmä-
16 ßigen Abständen, etc.) für diese Informationen besonders aufgeschlossen
17 sind. Die Information sollte postalisch erfolgen und jeder Person unauf-
18 gefordert zugeschickt werden.

19 Sozialdemokratische Parlamentarier*innen im Abgeordnetenhaus von Berlin
20 haben dafür Sorge zu tragen, dass die Koalitionsaussage „Die Koalition unter-
21 stützt die Betreuungsvereine, damit diese ihre gesetzlich vorgegebenen Aufga-
22 ben erfüllen können.“ auch mit entsprechenden finanziellen Ressourcen unter-
23 legt wird. Ab dem 1.1.2023 haben diese mehr und neue Aufgaben auch im
24 Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen.

25

26 **Begründung:**

27 Von den rund 63 Millionen Bürger*innen über 20 Jahre haben laut dem Zentra-
28 len Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer zum 31.12.2021 erst ca. 5,3 Mil-
29 lionen Vorsorgeverfügungen hinterlegt.

30 Partner*innen, erwachsene Kinder oder Eltern erwachsener Kinder dürfen diese
31 nicht „automatisch“ vertreten. Ausnahme ist das zum 1.1.2023 in Kraft tre-
32 tende Ehegattenvertretungsrecht, nach dem sich Eheleute im Krankheitsfall
33 gegenseitig für sechs Monate in gesundheitlichen Angelegenheiten vertreten
34 können. Diese Regelung muss nicht in jeder Beziehung dem eigenen Willen
35 entsprechen.

36 Vorsorgeinstrumente sorgen daher neben der Selbstbestimmung und dem
37 Wahlrecht für individuelle Lösungen, die sich auf die eigene Lebenssituation

- 1 genau abstimmen lassen. eröffnen, sondern auch Entlastungen für Anwoh-
- 2 ner*innen von besonders belasteten Orten in Berlin bedeuten.
- 3

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

11. Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit bei der Bezugsdauer von Elterngeldmonaten

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten des Bundestags und die
2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen,
3 dass
- 4 • Paare, die sich die Elterngeldmonate annähernd gleichberechtigt aufteilen,
5 durch weitere Elterngeldmonate bevorzugt werden. Konkret soll vorgeschlagen
6 werden, dass Paare, bei denen jedes Elternteil entweder 7
7 Monate Elterngeld beantragt oder ein Elternteil 6 und das andere Elternteil
8 8 Monate oder der Vater die überwiegende Anzahl von Elterngeldmonaten
9 nimmt, vier zusätzliche Monate Elterngeld beziehen können, sofern
10 auch diese vier Monate gleichberechtigt genommen werden. Ziel der
11 Regelung ist es, Anreize für Väter zu schaffen mehr Elterngeldzeit in
12 Anspruch zu nehmen und damit eine größere Gleichberechtigung in der
13 Aufteilung von Erziehungszeiten herzustellen.
 - 14 • gleichzeitig das Elterngeld für selbständige Mütter und Väter novelliert
15 wird. Selbstverständlich sollen diese Regelungen auch für gleichgeschlechtliche
16 Elternpaare gelten. Auch Alleinerziehende sollen ein Anrecht
17 auf 18 Monate Elterngeldbezug erhalten.
 - 18 • weitere Anreize zur partnerschaftlichen Bezugsdauer von Elterngeldmonaten
19 unter Beteiligung von Fachpolitiker*innen geprüft werden.

20 **Begründung:**

21 Leider gilt nach wie vor, dass Elterngeld und Erziehungszeit Muttersache ist. So
22 zeigt der Väterreport aus dem Jahr 2021, dass die durchschnittliche Bezugsdauer
23 von Elterngeld durch Väter 2021 bei 3,4 Monaten lag. Hintergrund für
24 die niedrige durchschnittliche Elterngeldbezugsdauer ist, dass 75,4 % der Väter
25 lediglich die Mindestdauer von zwei Monaten in Anspruch nehmen. Nur 17
26 % der Väter nehmen hingegen zwischen 3 bis 9 Monate Elterngeldmonate in
27 Anspruch.

28
29 Hinzu kommt, dass die Vätermonate häufig als gemeinsame Urlaubszeit genutzt
30 werden, die Care-Arbeit weiterhin bei der Frau verbleibt. Die Folgen sind
31 enorm: Der Gender-Pay-Gap vergrößert sich – so verdienen Frauen zehn Jahre
32 nach der Geburt ihres Kindes im Schnitt 61 % weniger als ein Jahr vor der
33 Geburt – mit der Folge einer steigenden Wahrscheinlichkeit von Altersarmut.

34
35
36
37

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

12. Keine weitere Planung für den 17. Bauabschnitt der A 100

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und der Bundesregie-
2 rung sowie die sozialdemokratischen Mitglieder in den Verkehrsausschüssen
3 von Abgeordnetenhaus und Bundestag werden aufgefordert, sich gegen die
4 weitere Planung des Bundesverkehrsministeriums für den 17. Bauabschnitt der
5 A 100 einzusetzen. Dazu gehören:

6

7 Auf Landesebene:

- 8 • Rücknahme der Projektanmeldung zum Bedarfsplan des Bundesfernstra-
9 ßen und
- 10 • Änderung des Flächennutzungsplans hinsichtlich aller Vorhalteflächen für
11 den
- 12 • 17. Bauabschnitt der A100 hin zu einer anderen Nutzung der vorgese-
13 henen Flächen (z.B. Wohnungsbau, alternativer Angebote für den Wirt-
14 schäfts- und Güterverkehr, Sportangebote, Urban Gardening, Clubkultur
15 oder temporären Schulstandort),

16 Auf Bundesebene:

- 17 • Zurückziehen der Ausschreibung für die Planung des 17. Bauabschnittes
18 der A100 seitens der bundeseigenen Autobahn GmbH und
- 19 • Entfernung des 17. Bauabschnitts aus dem Bundesverkehrswegeplan und
20 dem dazugehörigen Fernstraßenausbaugesetz.

21 Des Weiteren werden sie aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Land
22 Berlin und der Bund zügig und in enger Abstimmung eine Alternative für die
23 Gestaltung des finalen Autobahnabschlusses am Treptower Park (16. Bauab-
24 schnitt) inklusive eines qualifizierten Mobilitätsmanagements entwickeln.

25

26 **Begründung:**

27 Die derzeitigen Planungen der A 100 beruhen auf einem Beschluss aus den
28 1990er Jahren. Eine Stadtautobahn ist ein verkehrspolitisches Relikt der Idee
29 einer autozentrierten Stadt, das in keinster mehr zeitgemäß ist. Diese Idee
30 hatte Hochkonjunktur in den 50er Jahren – und wird aus gutem Grund nicht
31 mehr an Hochschulen gelehrt. In Zeiten des Klimawandels ist der Weiterbau
32 einer Autobahn das denkbar schlechteste und unsinnigste Signal. Jede neue
33 Straße erzeugt neuen Verkehr!

34 In Steglitz-Zehlendorf wird über den Rückbau mehrerer Autobahntrassen dis-
35 kutiert, u.a. der Rückbau der Autobahnbrücke am Breitenbachplatz, die den
36 Stadtplatz allein aufgrund seiner Massivität dominiert und den Kiez seit

1 Jahrzehnten zerschneidet. Als Berliner SPD haben wir uns im aktuellen Koaliti-
 2 onsvertrag zudem einmütig für die Planung des schrittweisen Rückbaus der ge-
 3 samten A103 und A104 ausgesprochen.
 4 Die Kosten des Weiterbaus der A100 sind immens. Allein ein Meter Autobahn
 5 kostet nach aktueller Kostenschätzung über 200.000 Euro. Der 17. Bauab-
 6 schnitt würde somit voraussichtlich Baukosten in Höhe von 1 Milliarde verursa-
 7 chen - zusätzlich zum Verlust von wertvollen Flächen in der Innenstadt.
 8 Während Städte wie Paris gerade den Pkw-Verkehr aus der kompletten Innen-
 9 stadt verbannen, in den Niederlanden Autobahnen zu Kanälen umgewandelt
 10 werden und selbst das Autoland USA den Rückbau von Highways plant, sollen
 11 ausgerechnet die Bürger*innen Berlins unter einer gestrigen Politik leiden. Un-
 12 zählige Studien haben ergeben, dass der Bau von neuen Straßen nur kurzfris-
 13 tig zu gewünschten verkehrsberuhigenden Effekten beiträgt.
 14 Langfristig sind vor allem Stadtautobahnen meist ein Quell immerwährenden
 15 Staus. Mehr Straßen führen dabei nicht nur zu mehr Verkehr, sondern dauer-
 16 haft zu mehr Lärm, mehr Stress und mehr Luftschadstoffen. Mit dem Bau des
 17 17. Bauabschnitts würden somit alte Fehler wiederholt – und zwar wider bes-
 18 seres Wissen und empirischer Evidenz.
 19 Der Flächenverbrauch des 17. Bauabschnitts ist enorm. Allein für den zweiten
 20 oberirdischen Abschnitt nach dem Tunnel unter dem Ostkreuz bis zur Stor-
 21 kower Straße werden bis zu 20 Hektar Stadtfläche anderen Nutzungen dauer-
 22 haft entzogen. Hierzu zählen Grünflächen, Club- und Kulturstandorte, Fahrrad-
 23 wege und auch das Areal des ehemaligen Containerbahnhofs Frankfurter Allee.
 24 Dabei bietet letzterer als einer der wenigen verbliebenen Zugänge zum Schie-
 25 nennetz in der Innenstadt für den Güterverkehr das Potenzial den in die Stadt
 26 fließenden LKW-Verkehr zu reduzieren. Hier könnte stattdessen ein moderner
 27 ein City Hub im Rahmen eines neuen stadtweiten Logistikkonzepts entstehen,
 28 das die bereits vorhandene, klimafreundliche Schiene bei der Verteilung von
 29 Gütern und Waren einbezieht.
 30 Berlin braucht keine neuen Autobahnen. Berlin braucht ein konsequentes Be-
 31 kenntnis zur Verringerung von Autofahrten. Wir brauchen einen starken Um-
 32 weltverbund. Wir brauchen mehr Busse, mehr Bahnen, mehr Radwege, brei-
 33 tere Gehwege und alternative Konzepte für den Wirtschafts- und Güterverkehr
 34 – für eine Mobilität, an der wirklich alle gleichermaßen teilhaben können. Da-
 35 ran konsequent zu arbeiten, das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratie.
 36
 37

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

13. Klare Perspektiven für Ukraine-Geflüchtete aus Drittstaaten

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, die Mitglieder der SPD-
2 Fraktion im Bundestag und die SPD-Mitglieder des Europaparlaments sollen
3 sich für gute Bleibeperspektiven für alle Geflüchteten aus der Ukraine, ein-
4 schließlich der Geflüchteten aus Drittstaaten, einsetzen. Alle Menschen, deren
5 gewöhnlicher Aufenthaltsort zu Kriegsbeginn in der Ukraine lag (u.a. aufgrund
6 ihres Studiums), verdienen unseren Schutz und sollen nicht gezwungen sein in
7 ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Insbesondere fordern wir:

- 8
- 9 • Geflüchtete Drittstaatler*innen, die sich rechtmäßig und nicht kurzfristig
10 zu Beginn des Krieges in der Ukraine aufgehalten haben, sollen generell
11 Geflüchteten, die über die ukrainische Staatsbürgerschaft verfügen,
12 gleichgestellt werden. Dies ist unabhängig davon, ob ihre Herkunftsre-
13 gion als sicher eingestuft wird. Dies umfasst unter anderem den Zugang
14 zu Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt.
 - 15 • Studierenden (auch aus Drittstaaten), die ihr Studium bereits in der Uk-
16 raine aufgenommen haben, muss der Abschluss ihres Studiums ermög-
17 licht werden. Dazu benötigen sie auch entsprechende Sozialleistungen.
18 Diese sollen sich am BAFÖG-Höchstsatz orientieren. Aufenthaltstitel sol-
19 len mindestens für die Gesamtdauer des angestrebten Studienabschlus-
20 ses gelten.
 - 21 • Ein niedrighschwelliger Spurwechsel zwischen dem Aufenthaltstitel für aus
22 der Ukraine Geflüchtete und der Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken
23 soll geschaffen werden. Falsch gestellte Anträge sind wohlwollend zu
24 prüfen.
 - 25 • In Abstimmung mit der Europäischen Kommission sollen vergleichbare
26 Standards in allen EU-Staaten geschaffen werden.

27

28 **Begründung:**

29 Das Bleiberecht für aus der Ukraine Geflüchtete gestaltet sich als sehr kompli-
30 ziert. Es fehlen weiterhin Klarstellungen bezüglich den Bleibeperspektiven von
31 Geflüchteten aus der Ukraine und besonders Drittstaatler*innen. Die Europäi-
32 sche Kommission hat hierzu Empfehlungen formuliert, wonach auch Geflüchte-
33 ten aus der Ukraine, die nicht die ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen, sich
34 zu Beginn des Krieges jedoch rechtmäßig in der Ukraine aufgehalten haben,
35 Schutz gewährt werden solle. Deutschland muss hier mit gutem Beispiel vo-
36 rangehen und weiterhin für eine gute europaweite Lösung kämpfen.

- 1 Für uns ist klar, dass alle Menschen, die unverschuldet in den grausamen Krieg
- 2 geraten sind, unseren uneingeschränkten Schutz und die Möglichkeit, ihren Le-
- 3 bensweg so gut es geht fortsetzen zu können, erhalten müssen. Das gilt unab-
- 4 hängig vom Herkunftsland laut Pass.
- 5

<i>Abstimmung KDV</i>	
Zustimmung	

